

BMEL: 11. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2018, Berlin

Begleitveranstaltung 16: „Jugend.Räume.Schaffen“ (24.01.2018)

## Impulsvortrag: Klima für gelingende Entwicklungsprozesse schaffen

Dr. Michael Kohlstruck, TU Berlin ([michael.kohlstruck@tu-berlin.de](mailto:michael.kohlstruck@tu-berlin.de))

### 1 Ländliche Räume und Rechtsextremismus

Mit den Stichworten „peripherisierte Regionen“, ergänzt durch „Dörfer und Orte unterhalb der Kleinstadtgrenze“ deute ich an, was ich im Folgenden mit „ländlichen Räume“ meine. Peripherisierte Räume entstehen als Folge von Zentralisierungsprozessen, die Personen, wirtschaftliche Produktivität und Infrastrukturfunktionen bündeln. Es handelt sich also nicht um feste Eigenschaften von Regionen, sondern um die Ergebnisse wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen (Keim 2006, Beetz 2015).

„Rechtsextremismus“ verstehe ich im vorliegenden Kontext als den politischen Rechtsextremismus und damit als die Einzelpersonen, Gruppierungen und Organisationen, die öffentlich in Erscheinung treten und aktiv ihre Ordnungsüberzeugungen propagieren, dafür um Anhänger werben und ihre politischen Gegner sowie die von ihnen angefeindeten Minderheiten attackieren.

Von welchen Beobachtungen können wir ausgehen, wenn wir über Rechtsextremismus und ländlichen Raum sprechen, welche spezifischen Bedingungen weist der ländliche Raum auf?

#### 1.1 Das Prinzip Nachbarschaft oder Soziale Beziehungen im Dorf

Im ländlichen Raum haben soziale Nahbeziehungen eine besonders hohe Bedeutung. Man begegnet sich hier immer als ganze Person und formelle Rollenbeziehungen (Bürgermeister, Polizist, Lehrkraft) treten demgegenüber zurück (Palloks/ Steil 2008: 29-60; Akademie/ Bundesnetzwerk 2015, 10).

Das Regelsystem der Nachbarschaft besagt, dass offene Konflikte zu vermeiden sind. Sie werden latent gehalten. Diese besondere Art der Sozialbeziehung beeinflusst die Art der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Akteuren, denn: Auch jemand, der rechtsextreme Positionen vertritt, ist zunächst einmal ein Nachbar. Ein Konflikt um seine Position ist im Dorf primär ein persönlicher Konflikt, eine Störung der kleinen Gemeinschaft.

Das Prinzip Nachbarschaft führt dazu, dass man im Dorf die Kategorie Rechtsextremismus tendenziell nicht auf diejenigen bezieht, die persönlich bekannt sind und in einer Außensicht als rechtsextreme Aktivisten zu gelten hätten. „Rechtsextremismus“ gilt als Exkludierungsbegriff, der tendenziell nicht auf die eigene Gemeinschaft angewendet wird (Quent/ Schulz 2015, 195ff.).

#### 1.2 Wenig Alternativen und Konformitätsdruck

Schulschließungen, lange Fahr- und Wartezeiten und die Begrenztheiten der eigenen individuellen Mobilität führen dazu, dass viele junge Leute sich stark an den jeweils örtlich vorhandenen Gruppen und Cliques orientieren müssen.

Im Verhältnis zu urbanen Räumen existiert ein relativ geringeres Spektrum an (jugend-)subkulturellen Ausdrucksformen. Ländliche Räume sind meist durch weniger Vielfalt geprägt, als es bspw. in größeren Städten der Fall ist. Insbesondere Jugendliche sind deshalb einem größeren Anpassungsdruck an vorhandene Cliquesstrukturen ausgesetzt (vgl. Akademie/ Bundesnetzwerk 2015, 10).

### **1.3 Rechtsextreme Organisationen als „Lückenfüller“**

Die politische Entscheidung, die Angebote der Jugendarbeit zu reduzieren, da man sie für eine freiwillige Leistung hält, führt oft zu einer Ausdünnung bei der Jugendarbeit. Rechtsextreme versuchen, die entstehenden Lücken zu füllen. Ähnliches gilt für die Lücken, die durch die z.T. fehlende Arbeit der demokratischen Parteien in einigen ländlichen Gebieten entstehen (Meier/ Leggewie/ Lichdi 2017, 28). Hier nutzen rechtsextreme Parteien die Gelegenheiten, sich als „Kümmerer“ zu präsentieren.

### **1.4 Ansiedlungsstrategien**

Speziell in Regionen mit niedriger Bevölkerungsdichte und sinkenden Boden- bzw. Grundstückspreisen wird beobachtet, dass Rechtsextreme Immobilien kaufen. Damit kann das Problem verbunden sein, dass ein Versammlungsort oder ein einschlägiger Gewerbestandort entsteht.

Die vier genannten spezifisch ländlichen Voraussetzungen charakterisieren einen Rahmen, sie determinieren aber keine Handlungsoptionen. So ist etwa die soziale Verbundenheit untereinander und mit dem eigenen Herkunftsort ist nicht per se ein Hemmnis in der Aktivierung der Bürger. Natürlich ist „Heimat“ auch ein diskursives Element in der rechtsextremen Propaganda – gleichzeitig aber auch eine spezifische Ermöglichungsbasis für die kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Gerade weil man im Dorf besonders intensiv mit dem Herkunftsort und dessen Image „draußen im Lande“ verbunden ist, kann daraus ein starker Impuls entstehen, dieses Bild nicht von Rechtsextremen beeinträchtigen zu lassen (vgl. Akademie/ Bundesnetzwerk 2015, 10).

## **2 Rechtsextremismus und Jugend**

Ähnlich offen möchte ich auch das Verhältnis von Rechtsextremismus und Jugend beschreiben:

Typischerweise sind junge Menschen auf der Suche. Sie suchen Anerkennung als individuelle Personen, die in ihren spezifischen Geprägtheiten, ihren Wünschen, ihren Talenten, Fähigkeiten und Interessen als sie selbst anerkannt werden möchten.

Sie suchen Geselligkeit, das Zusammensein und die Unternehmung mit Gleichaltrigen. Dazu gehören dann auch die Versuche, Grenzen aller Art zu überschreiten und etwas Neues auszuprobieren.

Sie suchen Sinn und stellen die Frage nach dem Sinn des Ganzen. Und auch wenn sie nicht direkt und ausdrücklich nach dem Sinn des Lebens fragen, spielen Sinnfragen eine wichtige Rolle: Etwa im Kontext lohnenswerter Aufgaben und Vorhaben, an denen sie sich beteiligen möchten. Viele wollen durchaus – und in einem nicht-rhetorischen Sinn – „Verantwortung übernehmen“.

Die Gefahr des politischen Rechtsextremismus ist in seinem Potential begründet, genau diese Suchdimensionen zu bedienen.

Rechtsextreme Gruppen sind imstande, die Suche von jungen Menschen zu befriedigen und ihnen eine Variante von Erfüllung anzubieten: Die Zugänge zu solchen Gruppierungen sind niedrigschwellig, besondere Hürden müssen nicht genommen werden. Umgang und Aktionen mit Gleichaltrigen einschließlich einer Distanz zu Elternhaus und Schule sind feste Merkmale solcher Gruppen. Die angebotenen höheren Werte sind natürlich mit demokratisch-zivilgesellschaftlichen Orientierungen nicht vereinbar. Aber bei „Volk“ und „Nation“, „naturegebener Ordnung“ und „Verteidigung des kollektiv Eigenen“ handelt es sich zweifellos um Werte, die das materielle und egoistische Individualinteresse transzendieren. Auch diese Werte können zum Inhalt eines Glaubens werden.

Die Gefahr des Rechtsextremismus besteht in erster Linie darin, junge orientierungssuchende Leute über deren soziale und psychische Bedürfnisse in Gruppen und Milieus zu integrieren. Verkehren sie erst einmal in rechtsextremen Gruppen, folgen mit einer verstärkten Wahrscheinlichkeit weitere Entwicklungen: Die Unterscheidung von „Wir“ und die „Anderen“ wird dann zwischen der Eigengruppe der Rechtsextremen einerseits und der demokratischen Gesellschaft bzw. den dezidierten Gegnern der Rechtsextremen andererseits gezogen. Gesellschaftliche Minderheiten werden zu Feinden. Soweit es sich um gewaltaktive Gruppen handelt, ist mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass sich neu Hinzugekommene auch in dieser Hinsicht bewähren müssen.

Es wäre falsch, dies alles als zwingende und unausweichliche Entwicklung darzustellen. Trotzdem: Wer in derartigen „regressiven Milieus“ (Böhnisch 1994: 216) in jungen Jahren eine neue Heimat und eine gewählte Identität gefunden hat, blockiert seine eigene individuelle Entwicklung und wird mglw. auch eine Gefahr für das zivile Zusammenleben.

### **3 Heimatrepräsentation und Partizipation**

Für die Frage nach Entwicklungspotentialen des ländlichen Raums sind – ungeachtet des Jugendaspekts – Zugehörigkeits- oder Identifikationsgefühle wichtig. Diejenigen, die sich als verantwortlicher Teil einer dörflichen oder auch einer größeren Gemeinschaft verstehen und sich als solche anerkannt sehen, werden mit einer größeren Wahrscheinlichkeit an der Generierung von Ideen zur regionalen Entwicklung und ihrer Verwirklichung mitarbeiten (Pletzer 2013). Die Mitwirkung ist vermutlich umso stärker, je deutlicher für die Beteiligten ein realer Einfluss sichtbar wird und es sich nicht um eine folgenlose Beteiligung handelt. Eine bloße „Gehörfindung“ wäre also zu wenig.

Regionale und lokale Identität, Partizipationsmöglichkeiten und Partizipationsbereitschaft sollten dabei in ihrer Wechselwirkung betrachtet werden: Die Entmachtung der Dörfer, wie sie etwa von Gerhard Henkel vielfach beschrieben worden ist, die Eingemeindung in großflächige Kleinstädte, die Abgruppierung von Bürgermeistern zu Ortsvorständen gehören zu den Prozessen, die hier eher negative Wirkungen zeitigen (Henkel 2016).

In letzter Minute hat der brandenburgische Ministerpräsident vor wenigen Monaten die Kreisgebietsreform abgeblasen. Zu stark und zu vielfältig waren die Gegenstimmen. Sie waren u.a. auch von der Befürchtung getragen, dass die lokale und die regionale Verbundenheit der Bürger in dem Maße abnimmt, wie sich die Entfernung zu den Kreisverwaltungen erhöhen würde.

Die Diskussion in Brandenburg hat u.a. gezeigt, dass das Recht auf eine öffentliche Repräsentation der eigenen Heimat eine große Rolle spielt. Es gibt den starken Wunsch, die persönliche Verbundenheit mit den tradierten Heimatregionen öffentlich sichtbar zu machen. In Brandenburg konkretisierte sich das u.a. an den Autokennzeichen. Vor einigen Jahren wurde die Möglichkeit eröffnet, nicht allein

die Abkürzungen der 14 derzeitigen Landkreise zu verwenden, sondern auch wieder die Kennungen der sog. „Altkreise“, d.h. der Kreise, die mit der Kreisreform von 1993 aufgehoben worden waren. Man kann nun wählen, ob man sich für den Landkreis für Ostprignitz-Ruppin (OPR) entscheidet oder sich zu „Kyritz an der Knatter“ bekennt und „KY“ als Kennung führt.

Bei jungen Leuten kommt hinzu, dass sie „schneller leben“, also kürzere Zeiträume überblicken als Erwachsene und entsprechend planen. Das bedeutet, dass sie auch in kürzeren Zeiträumen Erfolgserfahrungen brauchen.

Kinder- und Jugendbeteiligungen sind vielfältig vorgesehen und teilweise institutionalisiert. U 18-Wahlen, aktives Wahlrecht bei Landtagswahlen ab 16 Jahren sind dafür Beispiele. Nicht zuletzt werden innerhalb des aktuellen Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Rahmen der lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ sog. Jugendforen durchgeführt.

Generell kann man sich allerdings wundern über die Intensität, mit der in den letzten Jahren über Beteiligung gesprochen wird. Wenn man es ernst meint, dauern Beteiligungsprozesse länger als Top-Down-Entscheidungen und brauchen etliche Ressourcen. Beteiligungen kosten Zeit und Geld. Daneben darf der entscheidende Gesichtspunkt nicht vergessen werden: Das Einräumen von verbrieften Beteiligungsrechten bedeutet v.a. Abgabe von Macht. Üblicherweise und aller Erfahrung nach wird aber Macht nicht freiwillig abgegeben oder geteilt. Vor diesem Hintergrund kann natürlich leicht der Eindruck entstehen, Beteiligung werde als multifunktionale Formel in der politischen Rhetorik verwendet ohne damit eine tatsächliche Veränderung zu wollen (Lachmann/ Stephan 2013). Die Konjunktur der Propagierung von Beteiligungsmodellen steht insofern unter dem Verdacht der "Mitbestimmungssimulation" (Wagner 2013, 117).

#### **4 Perspektivenerweiterung: Präventionismus contra Bildung**

Im Folgenden trete ich einen Schritt zurück und betrachte das bisher Gesagte von außen. Dabei will ich für eine Perspektivenerweiterung werben und auf Gefahren aufmerksam machen. Diese Gefahren liegen m.E. auf der konzeptionellen Ebene und im Status, den man der politischen Partizipation und der Jugendarbeit zuweist.

Nehmen wir an, das oben Gesagte trifft im Groben und Ganzen zu und die politische Partizipation von jungen Leuten – wenn sie ernst gemeint ist und die Voraussetzungen stimmen – liefert einen Beitrag zur Reduktion von rechtsextremen Gefahren. Mit der Begründung „Hilft gegen Rechtsextremismus“ lässt sich seit knapp 20 Jahren Geld einwerben und Projekte aufs Gleis setzen. Seit es die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus gibt, d.h. seit dem Jahr 2000 werden Vorhaben in der Jugendarbeit damit legitimiert, dass sie als Teil der Prävention gegen Rechtsextremismus dargestellt werden.

Ich gebe ein Beispiel aus Franken, wo sich in einem kleinen Ort Rechtsextreme eine Immobilie gekauft haben. Sie diente dann als Treffpunkt für Rechtsextreme aus der Region und ganz Deutschland und als Sitz eines einschlägigen Versandhandels. Die politische und die Kirchengemeinde mobilisierten gegen dieses Zentrum. Bemerkenswert ist in unserem Zusammenhang, dass die Gemeinde vor dem Zuzug der Rechtsextremen kein Geld für die Jugendarbeit hatte. Im Zuge der Mobilisierung gegen Rechtsextremismus erst gelang es, südbayerische Gemeinden zu einer Solidaritätsaktion zu bewegen, so dass dann – zunächst befristet – eine Fachkraft für Jugendarbeit eingestellt werden konnte (EKLB 2016, 22).

Das hochambivalente Beispiel verdeutlicht das Problem der Legitimation: Erst die Bedrohung macht die Notwendigkeit von Jugendarbeit plausibel. Der Fall verdeutlicht die Gefahr, ungewollt und schleichend den Status der eigenen Arbeit abzuwerten. Der Anspruch auf finanziellen Ressourcen und die Legitimität der Jugendarbeit werden von ihrem Präventionsbeitrag abhängig gemacht. Damit handelt man sich einmal die Verpflichtung ein, eben diese Effekte möglicherweise nachweisen zu müssen. Das kann einem mächtig auf die Füße fallen. Darüber hinaus werden – auch rechtlich verbriefte – Grundsätze der Jugendarbeit auf den Kopf gestellt. Jugendarbeit legitimiert sich als eine positiv definierte Aufgabe. Als vielgesichtiges Ensemble der Förderung von jungen Leuten geht es ihr um die Unterstützung von Bildungsprozessen, also um die Ermöglichung von Selbstentwicklungen in einem umfassenden Sinn.

Demgegenüber stammt das Präventionsdenken aus dem Sicherheitsbereich. Dort soll nicht etwas ermöglicht werden, sondern es sollen Gefahren abgewendet werden und – allgemeiner gesprochen – negative Ereignisse sollen verunmöglicht werden. Mit der Begründung und Rechtfertigung von Jugendarbeit als Mittel der Gefahrenabwehr wird das Bildungsdenken allzu leicht Teil des Präventionsdenkens. Wenn Vorsorge und die Prophylaxe zu generellen Prinzipien aufgewertet werden, denen auch die Jugendarbeit unterworfen werden, wird Prävention zum Präventionismus und der Eigenwert von politischer Partizipation und Bildung negiert (Kohlstruck 2014).

Man kann den gleichen Sachverhalt auch in anderer Sprache formulieren: Die Verbreitung von „Menschenfreundlichkeit“ als Aufgabe und Ziel schließt die kritische Auseinandersetzung mit und die Abgrenzung zu Menschenfeindlichkeit ein. Dieser negative Aspekt, dieses Abwehren von etwas, darf aber nicht zum zentralen Inhalt von Menschenfreundlichkeit aufgewertet werden. Der Gedanke einer „Menschenfreundlichkeit“ umfasst mehr als die Opposition zu Menschenfeindlichkeit oder zu den Vorurteilen der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF).

Letzter Satz zu dieser Debatte, die man sehr grundsätzlich und nicht zuletzt auch philosophisch führen kann: Das Gute darf nicht so definiert werden, dass es im Ausschließen des Bösen besteht. Hinterrücks würde das Böse so zum Inhalt des Guten werden (Grießer 2012, 188).

## **5 Für eine Politisierung der Debatten**

Ich will die mit dem letzten Abschnitt angesprochenen Perspektivenerweiterung fortführen: Gebraucht wird m.E. eine generelle Politisierung der Debatten:

Dabei sollte es darum gehen, die derzeit peripherisierten ländlichen Räume politisch und kulturell aufzuwerten. Peripherisierte und zentralisierte Räume sollten als gleichermaßen legitime Optionen der Lebensführung gelten. Entsprechend ist ihre soziale und kulturelle Infrastruktur zu fördern. Die Auffassung, Modernisierung bedeute die Intensivierung der Urbanisierung, stellt selbst ein Problem dar und ist alles andere als ein unhintergebarer Sachzwang. Überhaupt sollte man die Auffassung verabschieden, man hätte es mit automatisch ablaufenden Prozessen zu tun. Der Politikwissenschaftler Michael Thomas Greven hat die Gegenthese entwickelt, wonach wir in einer „politischen Gesellschaft“ leben.

"Alles ist prinzipiell entscheidbar geworden, alles Entscheidbare stellt sich als Interessenkonflikt dar, für alles kann die Politik ihre Zuständigkeit erklären und jedes erwachsene Gesellschaftsmitglied gilt als politische Subjekt." (Greven 1999, 55)

Das bedeutet, dass nahezu alles zum Gegenstand politischer Entscheidungen gemacht werden kann – eben auch die Frage, wie wichtig man die ländlichen Räume nehmen will. Nicht übersehen darf man allerdings, dass Greven die jungen Leute nicht berücksichtigt.

Auch bezogen auf die Jugendarbeit gilt wiederum für die ländlichen Räume im Grundsatz nichts anderes als für die nichtländlichen Räume: Jugendarbeit im Sinne der Unterstützung von Bildungsprozessen ist eine in sich selbst gerechtfertigte Aufgabe. Sie ist es, weil sie die Zukunftsfähigkeit der demokratischen Gesellschaft sichert. Sie darf nicht zu einem Instrument des Präventionismus werden. Gegen die Abwertung der Jugendarbeit als einer nur freiwilligen Aufgabe muss rechtlich und politisch mobilisiert werden.

Jugendarbeit ist im Interesse von Jugendlichen und der Entwicklung peripherisierter ländlicher Raumes dringend erforderlich. Sie ist, frei nach Karl Valentin, wichtig, „macht aber viel Arbeit“.

## Quellen und Literatur

Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V./ Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hg.): Gemeinsam handeln: Für Demokratie in unserem Gemeinwesen! Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus im ländlichen Raum (2. Aufl.), Halle 2015  
<http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/publikationen/handreichung-gemeinsam-handeln.pdf>

Beetz, Stephan: Peripherisierte ländliche Räume - "schrumpfende" soziale Hilfesysteme? in: Sozialmagazin 40 (2015), H. 3-4, S. 6-13

Böhnisch, Lothar: Gespaltene Normalität. Lebensbewältigung und Sozialpädagogik an den Grenzen der Wohlfahrtsgesellschaft, Weinheim, München 1994

Beierle, Sarah/ Tilmann, Frank/ Reißig, Birgit: Jugend im Blick. Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen. Projektergebnisse und Handlungsempfehlungen, München/ Halle 2016  
<https://idw-online.de/de/news650605>  
[https://www.dji.de/fileadmin/user\\_upload/jugendimblick/Abschlussbericht\\_Final.pdf](https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/jugendimblick/Abschlussbericht_Final.pdf)

EKLB, Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern (Hg.): Ja zu gelebter Menschenfreundlichkeit Gottes. Nein zum Rechtsextremismus. Haltungen, Erfahrungen und Perspektiven der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, München 2016  
[https://www.bayern-evangelisch.de/downloads/ELKB\\_Handreichung\\_Nein\\_gegen\\_Rechtsextremismus\\_final\\_10\\_2016.pdf](https://www.bayern-evangelisch.de/downloads/ELKB_Handreichung_Nein_gegen_Rechtsextremismus_final_10_2016.pdf)

Grießer, Wilfried: Verurteilte Sprache. Zur Dialektik des politischen Strafrechts in Europa, Frankfurt a.M. 2012

Greven, Michael Th.: Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezsion als Problem des Regierens und der Demokratie, Opladen 1999

Henkel, Gerhard: Rettet das Dorf und seine demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten (im Staatsaufbau!), in: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (Hg.): Von wegen gähnende Leere. Wie demokratie-stärkendes Engagement ländliche Räume belebt. Eine Sammlung ermutigender Projektbeispiele, Berlin 2016, S. 16-25  
<http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/publikationen/2016-von-wegen-gaehrende-leere.pdf>

Keim, Karl-Dieter: Peripherisierung ländlicher Räume, in: APuZ 2006, H. 37, S. 3-7

Kohlstruck, Michael: Nachhaltige Prävention von Rechtsextremismus bei Jugendlichen in Schule und Jugendhilfe, in: Schubarth, Wilfried (Hg.): Nachhaltige Prävention von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis, Potsdam 2014, S. 183-199  
[http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2014/7053/pdf/schubarth\\_sammelband.pdf](http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2014/7053/pdf/schubarth_sammelband.pdf)

Lachmann, Steffen/ Stephan, Katja: Dorfwerkstätten – aktivierende Sozialraumanalysen als fortlaufender Planungsprozess in der Jugendhilfeplanung. Ein gemeinsames Vorhaben des Jugendamtes Oberspreewald-Lausitz und der Fachhochschule Potsdam, in: LAG Mobile Jugendarbeit - Streetwork Brandenburg e.V./ Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg (Hg.): "Mitmischen". Warum Demokratie zum Aufwachsen gehört. Erfahrungen und Erfolge von Kinder- und Jugendbeteiligung in Brandenburger Kommunen, Potsdam 2013, S. 167-169  
[http://www.kijubb.de/downloads/Buch\\_Mitmischen.pdf](http://www.kijubb.de/downloads/Buch_Mitmischen.pdf)

Meier, Horst/ Leggewie, Claus/ Lichdi, Johannes: Das zweite Verbotverfahren gegen die NPD. Analyse, Prozessreportage, Urteilskritik. ("Recht und Politik", Beiheft 1), Berlin 2017

Palloks, Kerstin/ Steil, Armin: Von Blockaden und Bündnissen. Praxismaterialien zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Gemeinwesen, Weinheim, München 2008

Pletzer, Winfried: Weshalb Jugendbeteiligung in ländlichen Räumen so wichtig ist, in: LandIn Form, spezial 3: Jugend und Regionalentwicklung (2013), S. 9  
[https://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/fileadmin/sites/ELER/Dateien/05\\_Service/Publicationen/LandInForm/PDF-Downloads/LiF\\_Spezial\\_Jugend-web\\_komplett.pdf](https://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/fileadmin/sites/ELER/Dateien/05_Service/Publicationen/LandInForm/PDF-Downloads/LiF_Spezial_Jugend-web_komplett.pdf)

Quent, Matthias/ Schulz, Peter: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien, Wiesbaden 2015

Schwärzel, Mirko: Demokratiestärkung im ländlichen Raum. Eine europäisch-vergleichende Recherche zu Ansätzen und Maßnahmen der Stärkung des Bürgerengagements für eine lebendige Demokratie im ländlichen Raum als Beitrag zur Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Berlin 2015  
<http://www.vielfalt-mediathek.de/data/bberecherchedemokratiestaerkungimlaendlichenraum.pdf>

Simon, Titus et al.: Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Eine Arbeitshilfe, erstellt im Auftrag der Deutschen Landjugend (BDL), Berlin 2017  
[http://bdl.landjugend.info/fileadmin/user\\_upload/downloads/publikationen/Buch\\_Rechtsextremismus\\_web.pdf](http://bdl.landjugend.info/fileadmin/user_upload/downloads/publikationen/Buch_Rechtsextremismus_web.pdf)

Wagner, Thomas: Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument, Köln 2013